

MORDFALL MOSHAMMER:

Erfolg des genetischen Fingerabdrucks

Die DNA-Analyse muss Standardmaßnahme der erkennungsdienstlichen Behandlung werden, fordert Hartmut Koschyk.

Sie dürfe nicht nur bei schweren Straftaten und Sexualdelikten angeordnet werden, fordert anlässlich des erfolgreichen Einsatzes der DNA-Analyse im Fall Moshammer der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk MdB.

Im Fall Moshammer führte die DNA-Spur binnen weniger Stunden zur Festnahme des mutmaßlichen Mörders des Münchner Modeschöpfers. Dies zeige erneut die Bedeutung der DNA-Analyse als Ermittlungs- und Strafverfolgungsinstrument. Ihre Effizienz, so der CDU-Politiker, könne aber noch deutlich gesteigert werden. Nach derzeitiger Rechtslage müsse ein Richter zustimmen, ehe

einem Verdächtigen oder Verurteilten gegen dessen Willen eine Speichelprobe entnommen wird und sogar ehe Tatortspuren molekular

gespeichert werden sollen, müsse der Richter erneut zustimmen, falls er zu der Überzeugung gelangt, dass der Betreffende wieder

scheidung, ob Tatortspuren analysiert werden, muss deshalb Staatsanwaltschaft und Polizei überlassen werden. Darüber hinaus muss

kann, aufgehoben werden.“ Der genetische Fingerabdruck müsse den herkömmlichen erkennungsdienstlichen Maßnahmen gleichgestellt werden, fordert der CDU-Parlamentarier. Datenschutzrechtliche Erwägungen gegen den umfassenden Einsatz der DNA-Analyse läge neben der Sache, da nur die nicht kodierende DNA, die keinerlei genetische Informationen enthält, anonymisiert untersucht und gespeichert wird. Der genetische Fingerabdruck müsse wie der seit 100 Jahren bewährte Fingerabdruck gehandhabt werden. Sowohl aus spezial- als auch generalpräventiven Gründen und im Hinblick auf den Schutz der Bevölkerung vor schweren Straftaten, ist die konsequente und umfassende Nutzung der technischen Möglichkeiten geboten, meint Koschyk. (dr)



Löst die DNA-Analyse bald den Fingerabdruck als Ermittlungsinstrument ab?

largenetisch untersucht werden dürften. Wenn die Analysedaten in der DNA-Analysedatei beim Bundeskriminalamt

straffällig wird. Koschyk: „Dies beinhaltet einen erheblichen Verwaltungsaufwand, der sachlich nicht gerechtfertigt ist. Die Ent-

der einengende Straftatenkatalog, wonach die DNA-Analyse nur bei schweren Straftaten und Sexualdelikten angeordnet werden

(Euro-) Scheinvaterschaften Rot-Grün tatenlos

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Roland Gewalt nimmt Stellung zu einem aktuell heiß diskutierten Problem des Ausländer- und Aufenthaltsrecht:



Roland Gewalt
MdB

Dass ausreisepflichtige Ausländer oftmals alle Register ziehen, um eine Abschiebung aus Deutschland zu verhindern, ist keine neue Erkenntnis. Wohl aber, dass es hierfür eine neue Methode gibt, die durch eine gefährliche Lücke im deutschen Kindschaftsrecht entstanden ist. Der Trick: Sozialhilfeempfänger mit deutscher Staatsangehörigkeit oder dauerhaftem Aufenthaltsrecht werden gezielt angeworben, um die Vaterschaft des Kindes einer ausländischen Mutter anzuer-

kennen. Mutter und Kind – sowie die Geschwister des Kindes – erwerben auf diese Weise einen Aufenthaltstitel und eigene Sozialhilfeansprüche. Die „Scheinväter“ bekommen als „Lohn“ für die Anerkennung in der Regel Beträge um 5000 Euro. Organisiert wird das Ganze von Banden, die ebenfalls daran kräftig verdienen. Bei der gegenwärtigen

Rechtslage muss der Staat diesem Treiben machtlos zuschauen. Ist die Anerkennung erst einmal beurkundet, können nur noch der Vater, die Mutter oder das Kind die Vaterschaft gerichtlich anfechten. Die Innenministerkonferenz hat daher die Bundesregierung einstimmig aufgefordert, diese Gesetzeslücke zu schließen und auch den Länderbehörden in begründeten Verdachtsfällen ein

Anfechtungsrecht einzuräumen, damit dieser Missbrauch vereitelt werden kann. Rot-grün hat aber im Innenausschuss den

eigenen Innenminister, Otto Schily, wieder einmal im Regen stehen lassen und einen entsprechenden Antrag der CDU/CSU-Fraktion abgelehnt. Eine dringend notwendige Problemlösung ist auf diese Weise in weite Ferne gerückt. – Für die ohnehin notleidenden Sozialkassen der Kommunen ein unhaltbarer Zustand. Für das Rechtsempfinden der Bevölkerung sowieso...

Roland Gewalt, MdB

